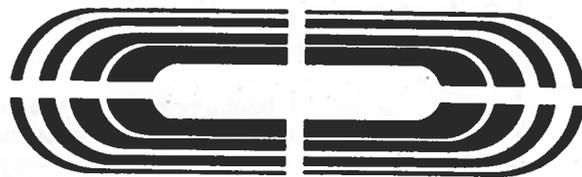


BUNDES KONFERENZ



Hochschulpolitische Information der Bundeskonferenz

des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten
und Kunsthochschulen

Nr. 6/April 1984

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung als Gast der Bundeskonferenz

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Heinz Fischer, erschien – einer Einladung der Bundeskonferenz folgend – auf der Plenarsitzung der Bundeskonferenz in Wien am 7. Dezember 1983. Um einen lebendigen Eindruck des Gespräches zu vermitteln, wird der Wortlaut des Sitzungsprotokolls im Wesentlichen wiedergegeben.

Der Vorsitzende begrüßt den inzwischen eingetroffenen Herrn Bundesminister Dr. Heinz FISCHER und in seiner Begleitung Kollegen FOLLNER recht herzlich und bittet den Herrn Bundesminister um ein Statement. Herr Bundesminister gibt einleitend seiner Freude Ausdruck, dieses Gespräch führen zu können und geht anläßlich der kommenden Budgetdebatte im Parlament auf die finanzielle Situation ein und meint, daß man angesichts der derzeitigen Situation vor allem mit den für die Forschung zur Verfügung stehenden Mitteln einigermaßen zufrieden sein könne. In bezug auf den Führungsstil im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung versuche er neue Akzente in Richtung einer verstärkten Delegation zu setzen. Sein Bestreben sei es jedenfalls, die Hochschule aus dem politischen Tagesganzkorn herauszuhalten. Das Dienstrecht habe er vor den Personalvertretungswahlen nicht forciert, die Vorbereitung liege weitgehend bei Kollegen FOLLNER.

In der Folge geht Herr Bundesminister Dr. Heinz FISCHER auf das Problem des Doktorates als Berufserfordernis für Notare und Rechtsanwälte ein, wobei er betont, daß hier eine Abänderung notwendig sei, jedoch nicht einfach zu erzielen sein werde. Er verweist weiters auf die derzeit in einem Begutachtungsverfahren befindlichen Novellierungsvorschläge für das KHOG und AHStG, sowie dem jüngst vorgelegten Entwurf für ein Studienberechtigungsgesetz. In bezug auf eine Novellierung des UOG wolle er eher zuwarten. Er verspricht, sich für eine Verstärkung der Kontakte zwischen den Universitäten und Hochschulen und der Gesellschaft einzusetzen und nennt in diesem Zusammenhang die Wissenschaftsmesse, Wissenschaftler für die Wirtschaft und das vortägige Gespräch mit dem Präsidium des ÖGB, fordert den Mittelbau auf, im Sinne eines verstärkten Selbstverständnisses hier beizutragen und eröffnet die Diskussion.

Die Vertreter der Kunsthochschulen tragen Probleme ihres Arbeitsbereiches vor. Insbesondere wird eine verstärkte Einbindung des Mittelbaues schon bei der Ausarbeitung von Gesetzesnovel-

lierungen vorgeschlagen, das Fehlen eines Akademie-Organisationsgesetz angesprochen. Weitere genannte Probleme sind die Vereinheitlichung der personalführenden Stellen im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das Problem der sogenannten Assistentenfunktionalen und dienstrechtliche Probleme der Korrepetitoren und Werkstättenlehrer. Bundesminister Dr. Heinz FISCHER nimmt in seiner Antwort zur Kenntnis, daß eine Beteiligung schon bei der Ausarbeitung gewünscht werde, das AOG, führt er aus, werde von anderer Seite als schädlich bezeichnet, er halte eine Reform dennoch für notwendig. Bezüglich der Vereinheitlichung der Zuständigkeiten für das Personal innerhalb des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung bittet er um einen schriftlichen Vorschlag, der Punkt müsse gesondert besprochen werden. Für die restlichen Anliegen sichert er eine wohlwollende Prüfung zu. Die Vertreter der Kunsthochschulen unterbreiten Minister FISCHER ein weiteres Anliegen: es sollen die UOG-Paritäten in der Zusammensetzung der Akademischen Senate der Universitäten auch für das Gesamtkollegium der Kunsthochschulen eingeführt werden; eine Nichtangleichung der Paritäten dieser Art lasse für später eine rückschrittliche Angleichung des UOG befürchten. Auch das Akademieorganisationsgesetz müsse dem UOG entsprechen. Von seiten der Bundeskonferenz werden dann zwei neue Themenkreise angeschnitten: es wird bedauert, daß die Bibliotheksmittel unzureichend seien und es wird angeregt, die AHStG-Novelle auch dahingehend zu nutzen, daß im Sinne der Regelungen des UOG auch Universitätsdozenten zu Vorsitzenden von Prüfungskommissionen ernannt werden können. Zum Problemkreis der Reisekostenzuschüsse verweist Bundesminister Dr. Heinz FISCHER in seiner Antwort darauf, daß gerade die Kosten von Dienstreisen ein politisch umstrittener Bereich seien. Er überlege, die Administration von Dienstreisen völlig den Universitäten und Hochschulen zu überlassen. In bezug auf das Begabtenstipendium gäbe es Diskussionen, ob dieser Topf nicht etwa für Studienreisen ins Aus-

finanzielle Mittel
für die Forschung
ausreichend

Hochschulen aus
dem politischen
Tagesgeschehen
heraushalten

zuwarten mit UOG-
Novellierung

rasche Schaffung
eines Akademie-
Organisations-
gesetzes

Dienstreisenbud-
get von Universitä-
ten eventuell
selbst zu ver-
walten

Begabtenstipendien eventuell für Auslandsstudien verwenden

mit Beginn der 90er-Jahre weniger Studenten

für das Dienstrecht muß noch 1984 eine Lösung gefunden werden

Trennung von Forschung und Lehre unerwünscht

ethische Kontrolle der Naturwissenschaften durch die Geisteswissenschaften

Studieneingangsphase zwischen Schule und Hochschule

themenzentrierte europäische Forschungszentren

land umgewidmet werden sollte. Von seiten der Bundeskonferenz wird anschließend die Frage der steigenden Studentenzahlen angeschnitten und der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß bei gleichbleibenden Forschungs- und Lehrkapazitäten das Ausbildungsniveau sinken könnte. Bundesminister Dr. FISCHER verweist in seiner Antwort darauf, daß die Zunahme der Hörerzahl weitgehend abgeschlossen sei und man mit Beginn der Neunzigerjahre sogar mit einer Abnahme der Studentenzahl rechnen könne. Im folgenden wird ein konkretes Problem der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien angesprochen, nämlich die Schaffung eines Institutes für Werkstoffforschung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gegen den erklärten Willen von zwei Drittel der Fakultät. Bundesminister Dr. FISCHER antwortet, daß dieser Beschluß des Ministeriums bereits umgesetzt sei und eine Lösung mit breitem Konsens angestrebt werde. Er setzt eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Rektor der Universität Wien, dem Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät, den Gruppensprechern des aka-

demischen Mittelbaues der Fakultät und der Studierenden ein, die nach deren Einberufung durch Kollegen FOLLNER, der von seiten des Ministeriums dieser Arbeitsgruppe angehört wird, eine Lösung für diese Frage finden soll. Abschließend wird von seiten der Bundeskonferenz der Problemkreis „Dienstrecht“ angeschnitten und vor allem der Bereich der flankierenden Maßnahmen für Assistenten, die aus dem Dienst ausscheiden müssen; es wird dem Herrn Bundesminister Dr. FISCHER eine „Dienstrechts-Resolution“ übergeben. Bundesminister Dr. FISCHER erklärt in seinem Schlußwort dazu, gerne zu einem gesonderten Termin zur Vorsprache der „Dienstausscheidungskommission“ der Bundeskonferenz zur Verfügung stehen zu wollen. In bezug auf das Dienstrecht führt Minister Dr. FISCHER aus, man müsse bedenken, daß hier die Interessen verschiedenster Gruppen zu berücksichtigen sind; da das Problem jedoch mit dem Ablauf der Zeit immer schwieriger werde, müsse jedenfalls noch 1984 eine Lösung gefunden werden. Der Vorsitzende dankt Herrn Bundesminister Dr. Heinz FISCHER für seinen Besuch.

Die Universität im Jahre 2000 Abschlußveranstaltung der Konferenz „U 2000“ des Europarates in Straßburg

Herbert Bannert

Herbert Bannert ist Universitätslehrer am Institut für klassische Philologie der Universität Wien und Mitglied der Bundeskonferenz; in letzterer Eigenschaft nahm er an der Tagung des Europarates teil.

Vom 7.-9. November 1983 fand in Straßburg die Abschlußveranstaltung der Konferenz „U 2000 – Hochschul- und Forschungspolitik in Europa bis zum Jahre 2000“ statt. In mehrjähriger Beratung hat die Standing Conference on University Problems (CC-PU) drei große Themenkreise vorbereitet:

- Rückblick auf die Entwicklung der europäischen Universitäten (Fallstudien: BRD, Schweiz);
- Analyse ihrer gegenwärtigen Probleme (Fallstudien: Portugal, Schweden);
- Zielsetzungen, Rolle und Funktion der Universitäten bis zum Jahre 2000 (Die Universität als Stätte der beruflichen Bildung und Weiterbildung; verstärkte Bedeutung der Universität als regionales Forschungszentrum mit auf die Region bezogenen Problemstellungen).

Verstärkte Bedeutung kommt naturgemäß diesem letzten Themenkreis zu, und so wurde versucht, Modelle zu definieren, die die Universitäten den Herausforderungen der Zukunft gerüstet entgegentreten lassen: eine besondere Rolle spielt da das Verhältnis der Universität als Forschungs- und Lehrstätte zu den ihr meist übergeordneten staatlichen Verwaltungsstellen, aber auch die Stellung der europäischen Universitäten gegenüber denen des außereuropäischen Raumes (im besonderen gegenüber den Universitäten der Dritten Welt).

Grundsatzreferate leiteten die Konferenz ein: des italienischen Topmanagers und Mitglieds des Club of Rome, U. Agnelli, des Präsidenten der europäischen Wissenschaftsstiftung, H. Curien, des österreichischen Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, H. Fischer.

In allen Arbeitskreisen und Diskussionsveranstaltungen wurde beteuert, daß eine Trennung von Forschung und Lehre unerwünscht sei, daß Forschung und Lehre unbedingt vereint bleiben müssen, wie es einer speziell europäischen Tradition des Universitätsbetriebes entspricht. Allerdings erweckt dies den Eindruck, daß es sich dabei größtenteils um Wunschdenken handelt: die Forderung, so scheint es, wird deshalb immer wieder erhoben, weil de facto diese Einheit von Forschung und Lehre oft nicht gegeben ist und sie auf diese Weise herbeibeschworen werden soll.

Einige bemerkenswerte Vorschläge ergaben sich in der Diskussion. Um zukünftigen Anforderungen begegnen zu können, muß man das Unbehagen beachten, das viele Forschungsrichtungen heute verursachen. Die Naturwissenschaften bringen Ergebnisse hervor, die, wenn sie einmal veröffentlicht sind, die Kritik der Sozial- und Geisteswissenschaften nach sich ziehen. Um dem abzuwehren, müßten Forschungszentren geschaffen werden, in denen von allem Anfang an die Sozial- und Geisteswis-

keine europäische
Einheitssprache
zum Schutz der
Identität der Nationen

Lehrstühle für Europaölogie, europäische Dokumentationszentren, Studienzentren, Gemeinschaftsarbeiten, Universitätsabkommen

der einzige „Mittelbauangehörige“ kam aus Österreich

2 Fonds zur Förderung der Forschung

auch Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

senschaften zur Kontrolle jeder Forschungstätigkeit beigezogen werden.

Ein anderer Vorschlag betraf eine Neuordnung der „Studieneingangsphase“: zwischen Schule und Hochschule sollte ein ca. 6 Monate umfassender Vorbereitungslehrgang eingeschoben werden, der mit Lehrkräften aus dem Bereich der AHS und der Universitäten gemeinsam durchzuführen wäre. Drei Hauptlehrgänge sollte es geben: Naturwissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften, Sozialwissenschaften.

Diskutiert wurde auch ein Vorschlag, den vor kurzem der französische Staatspräsident Mitterrand gemacht hat: für bestimmte thematische Schwerpunkte sollten europäische Forschungs- und Entwicklungszentren geschaffen werden, um so in konzentrierter Weise in gemeinsamen Einrichtungen effektiv vorgehen zu können. Eine Arbeitsteilung zwischen diesen Zentren und den Universitäten könnte auch der Sicherung der Autonomie dienen.

Von den mehr praktischen Anregungen seien einige herausgehoben: von mehreren Seiten wurde die Klage erhoben, daß in den meisten Staaten der Fremdsprachenunterricht zu wenig beachtet wird. Eine sprachliche Vereinheitlichung Europas sollte aber unter allen Umständen vermieden werden, um den einzelnen Nationen ihre Eigenständigkeit zu erhalten. Diese Forderung ist umso bemerkenswerter, als zukunftsweisende Modelle, wie sie etwa der Club of Rome erarbeitet, gerade in den Nationalstaaten das größte Hindernis für eine effektive Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme sehen.

Eine Forderung, die von Studenten gemacht wurde, fand schließlich auch Aufnahme in die

Schlußakte: es sollen technische Probleme mit Aufenthaltsgenehmigungen, Visa usw. dadurch erleichtert werden, daß Ausländern, die studieren, ein besonderer Status gewährt wird. Auswahl einiger Ideen und Vorschläge, die im Abschlußbericht enthalten sind:

- es sollen Lehrstühle für Europaölogie geschaffen werden (Schwerpunkt der Forschungsarbeit: Vergleichende Rechtsstudien, Kulturwissenschaften usw.)
- es sollen Dokumentationszentren geschaffen werden mit dem zentralen Thema „Europäische Geschichte und Kultur“
- es sollen Studienzentren für Entwicklungsländer errichtet werden (ein erster Schritt wäre die Erarbeitung von Fernstudienlehrgängen für Entwicklungsländer)
- es sollen Gemeinschaftsarbeiten gefördert werden, die in Zusammenarbeit zwischen Universitäten von Entwicklungsländern und Industrieländern geleistet werden
- es sollen Abkommen zwischen den Universitäten einzelner Regionen gefördert werden.

Besonders auffällig war, daß von den über 20 bei der Konferenz vertretenen Mitgliedsstaaten und beobachtenden Mitgliedsstaaten des Europarates als Delegierte hauptsächlich Beamte der Universitäts- und Wissenschaftsverwaltung anwesend waren; außerdem Professoren und einige Studenten (aus Finnland und Schweden). Unter den mehreren 100 Teilnehmern – Repräsentanten der Universitäten, Bildungspolitikern und Experten der Wissenschaftsverwaltungen, Unternehmervertretern und Vertretern der Gewerkschaften sowie der Massenmedien – befand sich nur in der Österreichischen Delegation ein Vertreter des Akademischen „Mittelbaus“.

Ein „Österreichisches Modell“ der Forschungsförderung

Raoul F. Kneucker

Hofrat Dr. Raoul F. Kneucker ist Generalsekretär des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ mit Sitz in Wien.

Das Forschungsförderungsgesetz 1967 richtete für die Förderung der Forschung im Bundesbereich zwei Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit ein: für die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaften in Österreich dient und noch nicht kommerzialisierbar ist, den FONDS ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG (FWF); für die Förderung der Forschung (und Entwicklung) im Bereich des Gewerbes und der Industrie den FORSCHUNGSFÖRDERUNGSFONDS FÜR DIE GEWERBLICHE WIRTSCHAFT (FFF). Das Forschungsorganisationsgesetz 1981 bestätigte die Regelungen über die Fonds, erweiterte deren Aufgaben um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und änderte die Zusammensetzung der Organe, vor allem des FWF, in dem nunmehr alle Wissenschaftsinstitutionen und (wie im FFF schon bisher) die Sozialpartner repräsentiert sind.

Die Forschungsförderungsentscheidungen sind als *forschungspolitische Investitionsentscheidungen* zu sehen: die Organe der beiden Fonds werden beauftragt, öffentliche Förderungsmittel in Forschungsvorhaben forschungspolitisch und -ökonomisch so zu investieren, daß sie berechnete, aussichtsreiche Investitionen zur Schaffung wissenschaftlicher, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Innovationen darstellen.

Dafür wird das Modell „Sonderverwaltung“ als Instrument für die Förderung international konkurrenzfähiger wissenschaftlicher Forschung bewußt als Alternative zu anderen Formen der Förderung von (wissenschaftlicher) Forschung eingesetzt; es tritt vor allem neben die Förderung der Wissenschaft durch die Bundesministerien, insbesondere durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung selbst, und neben die Finanzierung der Wissenschaft

Forschungsförderung durch Antrags- u. Subsidiaritätsprinzip, Projektorientierung, externe Antragsprüfung, bes. Verwaltungsstab, Entscheidung durch qualifizierte Wissenschaftler

österreichspezifisch ist die Zuständigkeit der Fonds für alle Fragen der industriell-gewerblichen Forschung, Förderung allgemeiner wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftlich verwertbar erscheinender Projekte

Nationalbank stellte 1983 den Fonds 100 Millionen Schilling zur Verfügung

und Forschung durch autonome Institutionen (z.B. Universitäten, Hochschulen, Österreichische Akademie der Wissenschaften und andere Forschungsstätten).

Charakterisiert ist die besondere Art der Forschungsförderung für die wissenschaftliche Forschung

- * durch das *Antrags- und Subsidiaritätsprinzip*, womit den Forschern größtmögliche Freiheit im Sinne des Erkenntnisinteresses, der Themenwahl, der konkreten Projektzielbestimmung, des Zeitbudgets, der Durchführungsart usw. eingeräumt, zugleich aber ihre Eigeninitiative, ihr persönliches Engagement, das Eigeninteresse, ihr Mut, ihre Opferbereitschaft, ihre Sparsamkeit und Eigenleistung herausgefordert und genützt werden;
- * durch die *Projektorientierung der Forschungen*, also die kurzfristige (regelmäßig zweijährige) Planung und Festlegung von Projektzielen innerhalb einer Themenstellung eines Forschungsprogrammes und der Einsatz des Projektmanagements: der Förderungsantrag bezeichnet den erreichten Stand der Forschung und bezeichnet die geplante Weiterentwicklung; er gibt die Projektziele und Methoden an, mit denen diese erreicht werden sollen; er enthält Zeit- und Arbeitspläne; er begründet den Mitteleinsatz, gegliedert nach Kostengruppen;
- * durch die *externe Prüfung* der Projektanträge („peer-review system“), überhaupt durch den Einsatz besonderer Entscheidungsformen; in die Entscheidung des Kuratoriums und in die vorangehende Bewertung des Antrages nach wissenschaftlichen Kriterien muß auch die Evaluation der bisherigen Forschungsleistungen oder Vorprojekte Eingang finden;
- * durch die Einrichtung eines *besonderen Verwaltungsstabes* für die Vorbereitung der Entscheidungen, für deren Durchführung, für deren laufende und abschließende Kontrollen in wissenschaftlicher und rechnerischer Hinsicht;
- * durch die Übertragung der Förderungsentscheidungen in die *Autonomie* besonders gestellter Gremien, die aus forschungspolitisch qualifizierten und durch Forschungsleistungen ausgewiesenen Wissenschaftlern gebildet werden.

Diese Merkmale der österreichischen Forschungsförderung entsprechen dem international bewährten Modell der Forschungsförderung. Österreichspezifisch sind folgende Merkmale:

- * die beiden Fonds sind für alle Wissenschaftsgebiete bzw. für alle Fragen der industriell-gewerblichen Forschung zuständig;
- * der FWF fördert nicht nur Grundlagenforschung, sondern wissenschaftliche Forschung allgemein, sofern sie wissenschaftliches „Neuland“ betritt und noch nicht wirtschaftlich verwertbar erscheint;
- * der FFF fördert Forschung, die wirtschaftlich verwertbar erscheint, also Produkte und Produktionsverfahren im Gewerbe und in der Industrie, optimiert, erneuert, revolutioniert – Nullserien, Prototypen, Pilotanlagen eingeschlossen.

Zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten, insbesondere in Überleitungs- und Verwertungsfragen, ferner zur Beratung von Empfehlungen an den „Österreichischen Rat für Wissenschaft und Forschung“ in Forschungsförderungsfragen, vor allem hinsichtlich der Festlegung von Förderungsschwerpunkten, ferner zur Entscheidung darüber, welcher der beiden Fonds in einer bestimmten Förderungsangelegenheit zuständig ist, bilden die beiden Fonds den *Forschungsförderungsrat*.

Aktuelles aus der Forschungsförderung im Jahre 1983

Drei Fragen standen 1983 im Vordergrund:

* Neue Formen der Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft; und die Intensivierung der Bemühungen um einen verbesserten Technologietransfer in Österreich.

* Die Vorbereitung des III. Forschungsschwerpunkte-Programms 1984–1988 der Österreichischen Rektorenkonferenz und des FWF.

* Die Pilotphase der neuen Förderungskategorie „Forschungsbeihilfen für Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Nachwuchses“.

Die Österreichische Nationalbank hat den beiden Forschungsförderungsfonds gemeinsam zusätzliche Förderungsmittel in Höhe von 100 Mio. Schilling für wirtschaftsnahe Projekte zur Verfügung gestellt. Sie setzt damit in einem 2. Geschäftsjahr (April 1983/April 1984) eine der zur Zeit wesentlichsten innovationspolitischen Aktionen in Österreich fort.

Daraus kommen zusätzlichen Mittel dem FWF – also der wissenschaftlichen Forschung – für Vorhaben zugute, die (unabhängig von ihrer Förderungswürdigkeit nach wissenschaftlichen Kriterien) kurz- bis mittelfristig geeignet scheinen, sich strukturverbessernd und leistungsbilanzverbessernd auswirken. Diese Förderungsmittel stellen eine fortgesetzte Anerkennung der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Förderung dar; sie erlauben es dem FWF direkt wissenschaftliche Forschungen zu ermutigen, die im Vorfeld der Praxisumsetzung und der gewerblichindustriellen Entwicklungsforschung liegen und für die mittelfristige Innovationspolitik in Österreich besonders bedeutsam sind.

Die Beteiligung an Messen (wie z.B. an der 3. Wissenschaftsmesse), an Ausstellungen und an der „Innovationsbörse“ hat für zahlreiche Forschungsergebnisse aus fondsgeförderten Projekten ein Forum für Umsetzungs- und Verwertungsmöglichkeiten geschaffen und zahlreiche Verhandlungen in die Wege geleitet. Der FWF sorgt seit 1983 aktiv für die Verbreitung und Verwertung der Forschungsergebnisse.

Die zahlreichen Symposien mit Vertretern der Industrie und des Gewerbes, vor allem aber die Informationsstagungen der Bundeswirtschaftskammer, gemeinsam veranstaltet mit dem FFR, über neue Formen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft haben dem Technologietransfer neue Impulse gegeben.

Die Österreichische Rektorenkonferenz und der FWF haben im Jahre 1983 die Vorbereitung für das neue, III. Forschungsschwerpunkte-Programm 1984–1988 abgeschlossen. Es wird

Perspektiven

Erprobungsphase von „Forschungsbeihilfen für Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Nachwuchses“

durch die konzentrierte Förderung wieder möglich sein, „große“ Themen der wissenschaftlichen Forschung in Österreich aufzugreifen, neues Forscherpotential aufzubauen und Beiträge zur Bewältigung der kulturellen, sozialen und wissenschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu leisten. In Beratung beim FWF sind derzeit folgende Vorschläge der Österreichischen Rektorenkonferenz:

- S-26/Steinhauser Österreichisches Lithosphärenprojekt
S-27/Kordesch Elektrochemische Energiespeicherung
S-28/Maurer Kommunikations- und Informationstechnologie
S-30/Schueller Baudynamik
S-31/Gilli Wärmepumpen
S-32/Deistler Methodenbank angewandte Mathematik
S-33/Janeschitz Kunststoff-Formteile
S-34/Jeglitsch Hochleistungswerkstoffe
S-35/Wieser Ökophysiologie
S-36/Schmidt-Dengler Nachlässe Österreichischer Autoren
S-37/Roth Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Struktur
S-38/Bolle Fernerkundung
S-39/Friesinger Neue Wege der Frühgeschichte
S-40/Titscher Hochschulforschung
S-41/Steffen Immunologie des Alters
S-42/Weinzierl Neutronen-Festkörperforschung
S-43/Viehböck Grenzflächenforschung
S-44/Rothschild Dynamik der Arbeitslosigkeit und Beschäftigung
(S-45/Thim Robotik)
(S-46/Paschke Sensorik)

Der vorherige Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. H. Firnberg, und der neue Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Herr Univ.-Doz. Dr. H. Fischer, haben durch Sondermittel ermöglicht, daß der FWF in einer Erprobungsphase die neue Forschungsförderungskategorie „Forschungsbeihilfen für Forschungsvorhaben des wissenschaftlichen Nachwuchses“ erstmals durchführen kann. damit beginnt eine neue, wichtige und chancen-

reiche Aufgabe in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Die Geschäftsordnung des FWF (1982) formuliert als Ziel der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch den FWF, daß bei prinzipieller Anwendung der Regeln der Projektförderung „für die Beurteilung des geplanten Beitrages vor allem maßgeblich ist, daß zur Zeit ein Mangel an qualifizierten Forschern auf bestimmten wissenschaftlichen Gebieten oder für bestimmte wissenschaftliche Verfahren besteht oder in Zukunft befürchtet werden kann.“

Der FWF betrachtet das Jahr 1983 als Anlaufphase zur Erprobung der neuformulierten Zielsetzungen: es soll jungen Forschern nach Abschluß ihrer Studien, die noch nicht habilitiert sind, gute und neue Forschungschancen eröffnen, die Mobilität junger österreichischer Forscher fördern, ihnen vor allem Auslandserfahrung gewähren und ihre Erfahrungen für die österreichische Forschung zurückgewinnen.

Bis Ende 1983 lagen 16 (oder 11 ausgeführte) Anträge aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen vor, diese Zahl erhöht sich rapide. Der FWF wird anfangs 1984 dem FWF einen Erfahrungsbericht erstatten und hofft, im Zusammenwirken mit dem BMWF die neue Förderungskategorie ab 1984 in vollem Umfang durchzuführen und finanzieren zu können.

Eine Nachwuchsförderung durch den FWF erfolgt weiterhin auch indirekt, nämlich * durch die Druckkostenförderung für besonders außergewöhnliche Dissertationen und die Habilitationen, wenn sie zugleich den Förderungskriterien des FWF genügen:

1981	19
1982	25
1983	16

* ferner durch die Bereitstellung von Personalmitteln für Voll- und Teilzeitarbeitsplätze, von denen ca. 450 Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen und junge Forscher darstellen.

Unter den Neubewilligten Forschungsprojekten befinden sich 8 allein verantwortliche Projektleiter und 133 Mitantragsteller, die dem wissenschaftlichen Nachwuchs zuzurechnen sind.

Die Anträge der im Jahr 1983 genehmigten Forschungsvorhaben stammten von

indirekte Nachwuchsförderung durch Druckkostenförderung besserer Dissertationen u. Habilitationen, durch Bereitstellung von Personalmitteln für Arbeitsplätze

	Professoren	Dozenten	Assistenten	Studenten	anderen Forschern
1980	193	67	66	2	53
1981	166	43	69	9	46
1982	151	46	70	1	40
1983	214	72	61	20	35

als Antrag- oder Mitantragsteller.

Aus dem Plenum der Bundeskonferenz

Norbert Wolf

Das Plenum der Bundeskonferenz hat in seinen beiden ersten Sitzungen vor allem folgende Themen intensiv diskutiert:

Zukünftige Aktivitäten:

Das Plenum der Bundeskonferenz hat in seiner ersten Sitzung am 3. und 4. November 1983 beschlossen, sich im Studienjahr 1983/84 insbesondere folgenden Schwerpunkten zu widmen:

- 1) Zukunft der Universitäten und Hochschulen
- 2) Dienstrecht

3) Weiterführung der Hochschulreform

1) *Zukunft der Universitäten und Hochschulen*
Die Bundeskonferenz beschäftigt sich bereits in einigen Kommissionen mit bildungspolitischen Problemen und Aspekten, als Beispiele seien die Weiterbildungs- und die Didaktikkommission der Bundeskonferenz angeführt. Das Plenum hat nun die Absicht, sich diesem wichtigen Themenkreis verstärkt zuzuwenden.

2) *Dienstrecht*

Der gegenwärtige Stand der Dienstrechtverhandlungen wurde in beiden Sitzungen intensiv diskutiert. Am 7.12.1983 wurde die in diesem Mitteilungsblatt abgedruckte Resolution beschlossen und bei dem am Nachmittag desselben Tages mit Bundesminister Fischer geführten Gespräch diesem überreicht.

3) *Weiterführung der Hochschulreform*

Wie Sie dem Bericht der UOG- und der Fortbildungskommission in diesem Blatt entnehmen können, beschäftigt sich die Bundeskonferenz

bereits seit Jänner dieses Jahres mit der Erstellung von Vorschlägen zur Novellierung des UOG's. Die Kunsthochschulkommission arbeitet derzeit an Vorschlägen für ein Akademienorganisationsgesetz und für eine Novellierung des KHOG; es wurde vereinbart, daß sich das Plenum im Frühjahr des Jahres 1984 in einer mehrtägigen Sitzung mit diesem Schwerpunkt befassen wird.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt, der das Plenum in beiden Sitzungen beschäftigte, war selbstverständlich die Vergabe der durch das Ausscheiden von Kollegen Follner freigewordene Funktion eines Generalsekretärs der Bundeskonferenz. Sehen Sie dazu den Artikel unter „Personalien“.

Am Nachmittag des 7. 12. 1983 hatte das Plenum Gelegenheit, ein fünfviertelstündiges Gespräch mit Herrn Bundesminister Dr. Heinz Fischer zu führen. Sehen Sie dazu den Artikel unter „Perspektiven“.

Wichtigster Punkt der 3. Plenarsitzung am 22. 2. und 23. 2. 1984 in Wien war die Neuwahl des Vorsitzenden der Bundeskonferenz. Diese Wahl ist notwendig geworden, weil der bisherige Vorsitzende Kollege Norbert Wolf den Vorsitz zurücklegte, um die Stelle des Obmannes des Zentralausschusses der Hochschullehrer zu bekleiden. In der Sitzung der Bundeskonferenz am 22. 2. 1984 wurde dann Kollege Johann Hallwirth zum Vorsitzenden gewählt. Näheres dazu siehe unter „Personalien“.

Wahl eines neuen
Generalsekretärs

Gespräch mit Mini-
ster Fischer

Wahl eines neuen
Vorsitzenden

Berichte der Kommissionen

Didaktik-Kommission

Leonhard Pagitsch

Im Rahmen von fünf Sitzungen der Didaktikkommission wurden im abgelaufenen Studienjahr 1982/1983 folgende Arbeitsschwerpunkte behandelt:

- Auswertung der Erfahrungen der bislang stattgefundenen Veranstaltungen zur Hochschul-lehrerfortbildung.

Dazu liegen sehr ausführliche Berichte, sowohl von den Leitern als auch von den Teilnehmern der Fortbildungskurse in Altmünster vor. Aber auch zum Kurs „Wissenschaftliche Didaktik“ der Verwaltungsakademie des Bundes gibt es Erfahrungsberichte.

Interessenten werden in diesem Zusammenhang auf die „Zeitschrift für Hochschuldidaktik“ verwiesen. Umfangreiche Dokumentationen finden Sie in den Heften (1981) 1 „Pädagogische Fortbildung für Hochschullehrer“, (1982) 1 „Stand der Hochschuldidaktik in Österreich“ und (1982) 4 „Pädagogische Fortbildung von Hochschullehrern“.

Eine Fortsetzung der Kurse von Altmünster für Teilnehmer der Universitäten Innsbruck und Salzburg ist vom BMfWF genehmigt und ist für das Frühjahr 1984 geplant. Neben diesen überregionalen wurden auch regionale Fortbildungs-

weitere Fortbil-
dungskurse im
Frühjahr

kein zentrales Fortbildungskonzept, sondern regionale Maßnahmen

regionale Anlaufstellen für Fortbildungswünsche

Projekte (z. B. für das Institut für Germanistik der Universität Graz) durchgeführt. Auch darüber liegt ein abschließender Bericht vor.

- Aufarbeitung der Ergebnisse des Projekts zur Erhebung der Fortbildungsbedürfnisse von Hochschullehrern. Eine Pilotstudie an 2-3 Instituten der Universität Wien für 1984 geplant.

- Förderung und Unterstützung von Fortbildungsaktivitäten regionaler Arbeitsgruppen. So haben sich an der Universität Wien vier Arbeitsgruppen für die Fachbereiche Anglistik, Romanistik, Germanistik und Musikwissenschaften gebildet.

Auf Grund der Auswertung der bisherigen Ergebnisse sind für nächste Zeit folgende Aktivitäten geplant:

- Anstatt der Erstellung eines zentralen Fortbildungskonzeptes ist an die Erprobung der verschiedensten Fortbildungskonzepte der unterschiedlichsten Träger dieser Maßnahmen gedacht.

Ein Schwerpunkt der weiteren Arbeit wird, wie schon erwähnt, in der Aktivierung und Förderung regionaler Fortbildungsinteressen, und in der Erstellung eines Angebotskatalogs von Fortbildungsanstalten für Hochschullehrer, liegen. Dazu ist vorerst der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur notwendig. Als Anlaufstellen für Interessenten und Fortbildungswünsche fungieren zur zweit die Kommissionsmitglieder der jeweiligen Universitäten.

Es sind dies:

Universität Graz: Adolf HOHENESTER, Institut für Physik

Norbert MURAUER, Institut für Erziehungswissenschaften

Leonhard PAGITSCH, Institut für Erziehungswissenschaften

TU Graz: Norbert WOLF, Institut für Organische Chemie

Universität Innsbruck: Hansjörg WALTER, Institut für Erziehungswissenschaften

Universität Klagenfurt: Herbert ALTRICHTER, Institut f. Lehrplantheorie u. Schulpädagogik

Werner LENZ, Institut für Fernstudien
Universität Linz: Wolfgang SCHLÖGLMANN, Institut für Mathematik

Universität Salzburg: Reinhard RUBLACK, Institut für Erziehungswissenschaften

Universität Wien: Guido HEINTEL, Institut für Erziehungswissenschaften

Martin LISCHKA, Institut für Anatomie

Edith SPECHT, Institut für Alte Geschichte

TU Wien: Manfred HORVATH, Außeninstitut der TU Wien

WU Wien: Gerhild TANEW, Institut für Unternehmensführung

Alfred ZAUNER, Institut für Unternehmensführung

Interessenten werden gebeten, für Kontakte, Auskünfte, Hilfestellungen in hochschuldidaktischen Angelegenheiten Verbindung mit den oben genannten Personen aufzunehmen.

- Einen weiteren Schwerpunkt unserer künftigen Arbeit bildet die Aufwertung der universitären Lehre, wie etwa die stärkere Berücksichtigung von Lehrqualifikationen bei Laufbahntscheidungen, die Förderung von Publikationen, die die eigene Lehre thematisieren und die Ausschreibung eines jährlichen Preises für wissenschaftliche Lehre. Zu dem letzteren Punkt liegt schon eine Zusage des BMfWF vor.

- Im Zuge der UOG-Reformbestrebungen ist vor allem gedacht, darauf zu achten, daß die dort vorgesehenen hochschuldidaktischen Abteilungen nicht ersatzlos gestrichen werden. Die Initiativen gehen in die Richtung einer modellhaften Erprobung einer solchen hochschuldidaktischen Einrichtung an einem dafür geeigneten Hochschulstandort.

Dienstrechts-Kommission

Hans-Ludwig Holzer

Im Rahmen der Sitzungen der Kommission und Aktivitäten der Mitglieder wird folgender Istzustand der Dienstrechtsdiskussion vorgelegt:

1. Seit dem letzten Bericht erfolgten keine weiteren Verhandlungen zwischen Gewerkschaft (GÖD) und Bundeskanzleramt (BKA).

2. Die GÖD führt Gespräche mit Beamten des BKA betreffend vorliegende Entwürfe.

3. Eine Gesprächsrunde im BMfWuF, an der der Vorsitzende der Kommission teilnimmt, erarbeitet ein Grundsatzpapier zum Dienstrecht.

Mit abschließenden Gesprächen ist im März 1984 zu rechnen.

4. Vom BKA werden die im Entwurf 1982 (!) fehlenden Ernennungs- und Definitivstellungserfordernisse nachgereicht, ohne jedoch auf die vom BKA vorgeschlagene Planstellenteilung

einzugehen. Eine Beschäftigung damit erscheint daher erst nach dieser Klärung zielführend.

5. Eine vom Vorsitzenden konzipierte Resolution zum Dienstrecht wird im Plenum vom 7. 12. 1983 dem anwesenden Bundesminister Dr. Fischer überreicht.

Der Bundesminister erklärt in diesem Zusammenhang, daß 1984 eine Entscheidung im Dienstrecht bringen wird.

Aufgrund zahlreicher Diskussionen, Gespräche und Informationen stehen folgende Hauptprobleme und Tendenzen in Diskussion:

a) Gestaltung eines einheitlichen Dienstrechtes für alle Univ.- (Hochschul-) lehrer, v.a. was die Inhalte bei gleichaltrigen Aufgaben und Funktionen in Forschung, Lehre und Mitentscheidung

1984 Entscheidungsjahr für Dienstrecht

*Frühzeitiger Ent-
scheid über Ver-
bleib auf der Uni-
versität*

betrifft (vgl. UOG, AHStG, KHOG, KHStG etc.).
b) Generelle Ablehnung der Planstellenteilung der bisher einheitlichen Univ.-(HS)assistentenplanstelle.
c) Bedarfsfeststellung an definitiv zu stellenden Univ.-(HS)ass.: Forderung nach personenbezogenen und institutioneller Notwendigkeit als Kriterien.
d) Laufbahn:
d1) frühzeitiger Entscheid über den möglichen Verbleib auf der Universität (Hochschule): Vier-Jahres-Modell mit Pufferzeit;
d2) 2-4 Jahre für die Einbringung der Definitivstellungserfordernisse hernach;
d3) Habilitation (gleichzuhaltende Eignung) als

besonderes Qualifikationskriterium mit damit verbundenen dienstrechtlichen Konsequenzen;
d4) Forschung und Lehre und Verwaltung sind die Inhalte des Univ.-(Hochschul)lehrerberufes (Assistenten, Professoren).
e) Forschungssemester für Qualifizierte.
f) „Sonderurlaube“ als berufsnotwendige Aktivitäten neu bezeichnen.
g) Dienstzeit und Urlaub gemäß den vielfältigen Aufgaben für alle Univ.-(HS)lehrer sinnvoll regeln
h) Integration spezieller Univ.-(HS)lehrergruppen.
i) Erstellung der Übergangsregelungen bei Vorliegen eines weitgehend akzeptierten Dienstrechtswurfs

Forschungs-Kommission

Manfred Faber

Als Nachfolger von Koll. Eustacchio bin ich seit November 1983 als Vertreter der Bundeskonferenz im Kuratorium und in der Delegiertenversammlung des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF) und möchte hier von meinen bisherigen Eindrücken berichten.

In den drei Kuratoriumssitzungen, an denen ich bisher teilnehmen konnte, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß die Bewilligung von Projekten nicht davon abhängt, ob der Antragsteller Assistent oder Professor ist. Ich möchte damit der Meinung mancher Kollegen entgegenwirken, die einen Professor bitten, die Projektleitung zu übernehmen, weil sie glauben, dadurch die Chancen für die Bewilligung eines

Projektes zu erhöhen. Die Hauptentscheidungshilfe für das Kuratorium, das über die Vergabe der Projektmittel befindet, bilden die Betonungen der zumeist ausländischen Gutachter. Wissenschaftlich ausgewiesene Projektwerber mit von den Gutachtern empfohlenen Projekten haben nach meinen bisherigen Erfahrungen eine 100%ige Chance auf Bewilligung des Projektes.

Sollten Sie Fragen an mich haben, oder andere Erfahrungen gemacht haben, stehe ich gerne zu Ihrer Verfügung. Schreiben Sie an die Forschungskommission der Bundeskonferenz oder an mich persönlich (Technische Universität Wien, Inst.-Nr. E 142, Schüttelstr. 116, 1020 Wien, Tel. Nr. 0222/5601-0).

*der FWF behandelt
Förderungsanträge
ohne Rücksicht
auf die dienst-
rechtliche Stellung
des Antrag-
stellers*

Fortbildungs-Kommission

Norbert Wolf

Die Fortbildungskommission der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals wurde von dieser eingerichtet, um den gesetzlichen Auftrag der Koordination und Unterstützung der Tätigkeit der Vertreter des Ak. Mittelbaues in den Kollgialorganen zu erfüllen. Diesem Auftrag ist sie im Jahr 1983 durch drei Veranstaltungen nachgekommen, die von den Teilnehmern unseres Wissens sehr positiv beurteilt wurden.

Am 8.4.1983 wurden im Zuge einer erweiterten Sitzung der UOG-Kommissionen Vertreter der nicht in Fakultäten gegliederten Universitäten zu einem Erfahrungsaustausch und zur Erarbeitung von Reformvorschlägen aus dem Bereich der Universitäten ohne Fakultätsgliederung eingeladen. Dieses Gespräch brachte neben einem intensiven Erfahrungsaustausch eine Fülle von Anregungen für die UOG-Kommission sowohl

für den allgemeinen Bereich des UOG als auch in speziellen für die nicht gegliederten Universitäten. Die von der UOG-Kommission in die geplanten Vorschläge für eine Reform des UOG eingearbeitet werden.

Das Seminar für Wahlkommissionsvorsitzende, das vom 30. 5. bis 1. 6. 1983 abgehalten wurde, brachte durch einen intensiven Erfahrungsaustausch nicht nur einen Überblick über die derzeit an den verschiedenen Universitäten eingeschlagene Vorgangsweise, sondern trug auch zur Koordination dieser Vorgangsweise bei. Darüber hinaus wurde ebenfalls eine Fülle von Anregungen für eine gerade im Bereich des Wahlrechtes dringend notwendige Reform des UOG gesammelt, die derzeit in einem Protokoll vorliegen. Es ist geplant, nach Eingang einiger noch ausständiger Stellungnahmen diese Vorschläge in einem eintägigen Seminar in Wien zu

*Koordination und
Unterstützung der
Vertreter unserer
Universitätslehrer-
gruppe in den Kol-
legialorganen*

*Zusammenarbeit
mit dem Zentral-
ausschuß der
Hochschullehrer*

*die Kommission
bittet um Wünsche
und Stellungnah-
men*

verarbeiten und an die UOG-Kommission der Bundeskonferenz zwecks Einbau in die Novelisierungsvorschläge weiterzuleiten.

Das im Juni 1983 abgehaltene Seminar für die Vertreter der Kunsthochschulen brachte einen intensiven Erfahrungsaustausch und gab den Teilnehmern die Möglichkeit, eine große Anzahl offener Fragen und Probleme mit den ebenfalls anwesenden Vertretern des BMfWuF zu diskutieren.

Leider mußte das für die Zeit vom 9.-11. November 1983 geplante Seminar für Mitglieder der Budget- und Dienstkostenplankommissionen trotz bereits vorliegender Genehmigung der Dienstreisen für die Teilnehmer aufgrund unerwartet aufgetauchter Schwierigkeiten bei der finanziellen Bedeckung kurzfristig verschoben werden. Es ist geplant, dieses Seminar jedenfalls im Frühjahr 1984 nachzuholen.

Die Fortbildungskommission der Bundeskonferenz plant darüberhinaus derzeit die Abhaltung folgender Seminare, wobei fallweise eine Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuß für Hochschullehrer versucht werden soll:

Seminar für Vertreter in Beschwerdekommis-
sionen;

Seminar für Vertreter des Ak. Mittelbaues in Per-

sonalkommissionen, eventuell mit einer zusätz-
lichen Schulung dieser Funktionäre;
Seminar für Gruppensprecher in den Fakultä-
ten.

Weiters wird die Möglichkeit geprüft, inwieweit durch Abhaltung von Seminaren in den einzelnen Hochschulorten auch Seminare für die Vertreter des Ak. Mittelbaues in Fakultäten und Institutskonferenzen abgehalten werden können. Ebenso wird die Einladung von Gruppensprechern verwandter Fakultäten zwecks Erfahrungsaustausches erwogen. Daneben informiert die Fortbildungskommission über das Mitteilungsblatt die Kolleginnen und Kollegen laufend über interessant erscheinende Veranstaltungen der Verwaltungsakademie des Bundes. Die Termine für die geplanten Seminare werden dem in Frage kommenden Personenkreis rechtzeitig über schriftliche Einladung bekanntgegeben. Wir bitten Sie, wenn möglich, an diesen Veranstaltungen auch teilzunehmen. Für Anregungen, Wünsche und Stellungnahmen aber auch Kritik ist die Kommission dankbar. Sie erreichen uns über den Vorsitzenden, Norbert Wolf, Institut für Organische Chemie der TU Graz, Stremayrgasse 16, 8010 Graz, oder über das Sekretariat der Bundeskonferenz.

Medien- und Informations-Kommission

Eugen Semrau

*neuer Kommis-
sionsvorsitzender*

*öffentlichkeitswirk-
same Formulierun-
gen zur Durchset-
zung standespoliti-
scher Ziele*

*Sensibilisierung
der Kollegen für
Belange der Öff-
entlichkeitsarbeit*

Die Medienkommission der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals hat mich in ihrer Sitzung vom 17. 11. 1983 zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Aus diesem Anlaß möchte ich Ihnen einige erste Informationen zu meiner Person und zu notwendigen Aufgaben der Medienkommission näherbringen.

Wissenschaft und Wissenschaftspolitik sind gerade in Zeiten der knappen finanziellen Mittel und der personellen Engpässe Angelegenheiten, die weitaus stärker als bisher von der steuerzahlenden Bevölkerung verstanden und unterstützt werden müssen. Als Kommunikationswissenschaftler – ich bin seit 1974 als Assistent am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien beschäftigt – sind mir natürlich die Beziehungen der Wissenschaft zur Öffentlichkeit ein besonderes Anliegen. Ich bin überzeugt, daß gerade in Zukunft öffentlichkeitswirksame Formulierung und Präsentation von hochschulpolitischen Forderungen wesentlich über ihre politischen Durchsetzungschancen mitentscheiden werden.

Die Medienkommission hat sich die Sensibilisierung der Kollegen für Belange der Öffentlich-

keitsarbeit als eines ihrer Ziele für die nächsten Jahre gesetzt. Ich möchte Sie bitten, im Rahmen Ihres Wirkungsbereiches und Ihrer Möglichkeiten an dieser Zielsetzung mitzuarbeiten. Weisen Sie Ihre Kollegen verstärkt auf die Notwendigkeit hin, mit den Ergebnissen ihrer Arbeit an die Öffentlichkeit zu gehen. Versuchen Sie auch Verständnis dafür zu wecken, daß standespolitische Forderungen ohne entsprechendes öffentliches Bewußtsein schwer durchzusetzen sind. Die Medienkommission wird in nächster Zeit einige Aktivitäten in diese Richtung planen. Ich werde mir erlauben, Sie dann näher über einzelne Maßnahmen zu informieren.

Gerade für die Bundeskonferenz wird meiner Überzeugung nach die öffentlichkeitswirksame Präsentation ihrer hochschulpolitischen Anliegen in nächster Zeit für ihren politischen Erfolg wichtig sein. Daher möchte ich Sie in diesem Zusammenhang auch bitten, bei den anstehenden wichtigen Personalentscheidungen im Rahmen der Bundeskonferenz auch solchen Überlegungen ein verstärktes Gewicht zu geben. Die Durchsetzung von Forderungen ist im Zeitalter der Medien auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und Medienwirksamkeit der Personen, die sie vertreten.

Medizin-Kommission

Reinhard Krepler

*viele gesamtöster-
reichische Probleme*

Der Kommission gehören die Kuriensprecher des Mittelbaus der Med. Fakultäten Wien, Graz und Innsbruck an. Weitere Mitglieder der Kommission sind Fachleute für aktuelle Sachfragen. Die Kommission tagt mindestens einmal pro Semester. Dabei werden Tagesordnungspunkte des Fakultätskollegiums, die von gesamtösterreichischem Interesse sind, besprochen. Besondere Punkte im Jahr 1983 waren:

*Modernisierung
der Verwaltung der
Dekanate*

Instituts- und Klinikordnungen, Informationsseminare in Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuß für die Hochschullehrer, Koordination der Onkologischen Arbeitsbereiche an den Fakultäten, Initiativen zur Errichtung von Sozialmedizinischen Instituten, Einrichtung einer gesamtösterreichischen Nostrifikationskommission, Kriterien für Habilitation, a.o. Professur und für Berufung von o. Professoren, Funktion von Einrichtungen nach § 56 UOG für gemeinsame Aufgaben mehrerer Institute oder Kliniken, Funktion von Forschungsinstituten, Aufgaben und Organisation von Ethikkommissionen, Hochschullehrer-Dienstgesetz, UOG-Novelle, Weiterbestellungen, Sprechstage des Ministers in Graz und Innsbruck, Verlagerung von Studienteilen nach Salzburg, Anschaffung von Großgeräten für den Fachbereich Radiologie, Einrichtung von Hochschulkursen für „Postpromotionelle medizinische Fortbildung für ausländische

Probleme der Führung der universitären Krankenanstalten durch Bund und Gemeinde bzw. Land

Ärzte (in deutscher und englischer Sprache)“, Entwicklungshilfe, organisatorische Modernisierung der Medizinischen Dekanate und Ausstattung mit EDV-Systemen, wirtschaftliche und juristische Überschneidung der Bund- und Landesbereiche an den Medizinischen Fakultäten, Haftpflichtversicherungen für die Ärzte, AHStG-Novelle. Ein großer Teil der angeführten Punkte beschäftigt uns in jeder Sitzung. Für schriftliche Anregungen zu den angeführten Problemen aus dem Kreis der Kollegen sind wir natürlich sehr dankbar. Ein besonders wichtiger und bis jetzt allgemein grob vernachlässigter Punkt, der von uns allen mehr beachtet werden sollte, ist die Zusammenarbeit von Bund, Ländern bzw. Gemeinden bei der Führung und Finanzierung der universitären Krankenanstalten. Wir wollen im Rahmen der Bundeskonferenz diesem Problem unsere besondere Anstrengung widmen. Dazu brauchen wir aber unbedingt tatkräftige Unterstützung durch Kollegen mit spezieller juristischer und wirtschaftlicher Sachkenntnis.

Juristen und Wissenschaftsfachleute, die bereit sind uns entweder bei dem Problemkreis 1, Modernisierung der Dekanate, oder dem Problemkreis 2, Führung der universitären Krankenanstalten durch Bund und Gemeinde (Land), zu helfen, werden gebeten, sich beim Kommissionsvorsitzenden zu melden.

Redaktionskomitee-Mitteilungsblatt-Kommission

Herbert Rainer Pelikan

*Auflösung der
Kommission und
Bestellung eines
Chefredakteurs*

Das Plenum der Bundeskonferenz hat in seiner Sitzung am 23. 2. 1984 einstimmig beschlossen, die Kommission „Redaktionskomitee-Mitteilungsblatt“ aufzulassen und den bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Herbert Rainer Pelikan, zum Chefredakteur des Mitteilungsblattes zu bestellen.

*Maßnahmen zur
Erleichterung der
interuniversitären
Kommunikation*

Zur Erleichterung der Berichterstattung für die Kommissionsvorsitzenden wurde ein Formblatt mit Retouradresse an die Bundeskonferenz mit beiliegendem Couvert geschaffen. Ferner wurde eine neue Nomenklatur für die Kommis-

sionen festgesetzt, um diese rasch in alphabetischer Reihenfolge überblicken zu können. Desgleichen wurde die Liste der Mitglieder der Bundeskonferenz so gestaltet, daß zuerst die Universitäten und deren Vertreter und dann die Kunsthochschulen und deren Vertreter in alphabetischer Reihenfolge der Lehranstalten aufscheinen, was der leichten Auffindung der jeweiligen Vertretung dienlich sein soll. Die Mitglieder der Bundeskonferenz haben diese Listen über das Generalsekretariat zugesandt bekommen (siehe „Personalia“, S. 14-17).

UOG-Kommission

Norbert Wolf

Wie bereits berichtet, hat die Bundeskonferenz im Jänner dieses Jahres eine Kommission eingesetzt, die sich mit Vorbereitung von Vorschlägen für eine Fortsetzung der Reform und Demokratisierung unseres hohen Schulen beschäftigt. Die Kommission erarbeitet derzeit einen umfassenden Katalog von Novellierungswünschen. Um bei der Erfassung dieser Wünsche einen möglichst breiten Kreis von erfahrenen Kollegen einzubinden, hat die Kommission in Zusammenarbeit mit der Fortbildungskommission der Bundeskonferenz in den bereits abgehaltenen Seminaren für Vertreter in

Universitäten ohne Fakultätsgliederung und für Vorsitzende von Wahlkommissionen sowie in einer Diskussion im Rahmen der 6. Plenarsitzung der Bundeskonferenz im Juni 1983 in Klagenfurt Vorschläge und Vorstellungen gesammelt, die nun verarbeitet und zusammengefaßt werden sollen. Auch die Abhaltung weiterer Seminare in Zusammenarbeit mit der Fortbildungskommission ist geplant. Anregungen richten Sie bitte an den derzeitigen Vorsitzenden der Kommission Herrn Norbert Wolf, Institut für Organische Chemie der TU Graz, Stremayrgasse 16, 8010 Graz bzw. das Sekretariat der Bundeskonferenz.

Erarbeitung eines Kataloges von UOG-Novellierungswünschen

Weiterbildungs- und Studienreform-Kommission

Werner Lenz

Die Universität hat für ihre Aufgabenstellung in den letzten Jahren eine neue Akzentuierung erhalten. Anstelle einer Bildungsstätte für die relativ kleine Führungsschicht der Nation, steht heute eine Großorganisation mit berufsvorbildender Funktion für mittlere und höhere Führungskräfte. Berufsvorbildend zu wirken, unterliegt gegenwärtig der Schwierigkeit, daß kaum mehr eindeutige Berufsqualifikationen vorgegeben werden können – eher werden von den „Abnehmern“ Eigenschaften gewünscht wie z.B. Mobilität, geistige Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit.

Diese normalen beruflichen Anforderungen und die Unsicherheit in welchen Berufszweig man letztlich einen Arbeitsplatz findet, lassen die Bereitschaft für Weiterbildung immer bedeutender werden, um auch im Berufsleben spezifische Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben. Für den akademischen Gebildeten wird es im Berufsleben immer wichtiger, sich neue Kenntnisse und Eigenschaften anzueignen. Ihren Beitrag im Sinne des Fortschritts der Wissenschaften hat dazu die Universität zu leisten.

Die Übernahme von Weiterbildungsaufgaben bezieht sich nicht nur auf berufsorientiertes Wissen. Zur Demokratisierung von Wissenschaft ist es auch notwendig, verstärkt neue Erkenntnisse und die möglichen Konsequenzen bei ihrer Anwendung der Bevölkerung nahe zu bringen. Die Tätigkeit für die und in der Weiterbildung bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Hochschullehre. Planung und Aufbau des Wissensstoffes, die didaktische Organisation, der Praxisbezug haben direkten und indirekten Einfluß – daraus ergibt sich die Nähe zu Fragen der Studienreform.

Die Kommission hat sich im ersten Arbeitsjahr mit dem Schwerpunkt „Weiterbildung“ beschäftigt. Dabei entstanden diverse Einzelbeiträge sowie ein gemeinsames Grundsatzpapier. Derzeit wird die Veröffentlichung dieser Arbeiten vorbereitet. Als künftige Tätigkeiten werden überlegt, eine ständige Informationsstelle einzurichten, Weiterbildung durch Universitäten anzuregen und zu unterstützen, sowie die Bereitschaft der Hochschullehrer für weiterbildende Aufgaben zu eruieren.

Weiterbildung als Hilfe zur Bewältigung der persönlichen beruflichen Anforderungen in einer mobilen Welt

Demokratisierung von wissenschaftlicher Forschung durch allgemeine Aufklärung über deren mögliche Folgen

Personalia

Dank an den bisherigen Generalsekretär Ludwig Follner

„Wen die Götter
lieben, den berufen
sie zu Höherem“

Der Generalsekretär der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, Dr. Ludwig Follner, hat die Bundeskonferenz am 1. 9. 1983 verlassen, um dem ehrenden Angebot Folge zu leisten, die Leitung des Büros des Herrn Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, Dr. Heinz Fischer, zu übernehmen. Aus diesem Anlaß wurden vom damaligen Vorsitzenden der Bundeskonferenz, Kollegen Norbert Wolf, die folgenden Zeilen an Kollegen Follner gerichtet:

„Lieber Ludwig!
Du hast seit der Schaffung der Bundeskonfe-

renz in enger Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden und dem Präsidium unsere Interessen als Generalsekretär vertreten. Die stete Aufwärtsentwicklung, die die Bundeskonferenz in diesen Jahren genommen hat, ist nicht zuletzt Dir zu verdanken, ebenso wie der große Erfolg der letzten Wissenschaftsmesse. Wir sind sicher, daß Du auch in Zukunft dem akademischen Mittelbau vertraut bleiben und für seine Probleme Verständnis haben wirst. In unser aller Namen danken wir Dir recht herzlich für die in der Bundeskonferenz geleistete Arbeit und wünschen Dir recht viel Glück und Erfolg in Deiner neuen Position.“

Norbert

Die Bundeskonferenz hat einen neuen Generalsekretär

eine Frau in leitender
Stellung

Die mit dem Wechsel Kollegen Follners in das Ministerbüro frei gewordene Funktion des Generalsekretärs der Bundeskonferenz wurde im Herbst vergangenen Jahres ausgeschrieben. Die acht Bewerberinnen und Bewerber wurden dem Plenum in einem Hearing am 6. Dezember 1983 vorgestellt, das einen gereihten Dreivorschlag beschloß und das Präsidium mit den entsprechenden Gesprächen beauftragte. Ich freue mich, daß ich nun als eirte meiner letzten Tätigkeiten in der Bundeskonferenz Ihnen Frau Dr. Bolognese-Leuchtenmüller als unseren neuen Generalsekretär vorstellen kann. Frau Dr. Bolognese-Leuchtenmüller absolvierte an der Universität Wien Geschichte und Geographie und war von 1973 an acht Jahre Vertragsassistentin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der WU und hat seither Lehraufträge an den Instituten für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Univ. Wien und am Institut für Humanbiologie der naturwiss. Fakultät. Dane-

ben arbeitete sie über Fondsprojekte wissenschaftlich im Bereich der Unterschichtenforschung, der Familien- und Frauengeschichte, des Fürsorgewesens und der Fürsorgepolitik. Ihr soziales Engagement bewies sie auch als Mittelbauvertreterin in der Institutskonferenz des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte und auch im Fakultätskollegium der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Univ. Wien. Sie gehört darüberhinaus dem „Aktionskomitee gegen Korruption und Machtmißbrauch an den Universitäten und Hochschulen“ sowie der Initiativgruppe „Wissenschaftler für den Frieden“ an. Ich bin überzeugt davon, daß die Bundeskonferenz in Frau Dr. Birgit Bolognese-Leuchtenmüller eine sehr engagierte und fähige Vertreterin der Interessen des akademischen Mittelbaues gefunden hat. Um sie Ihnen näher bekannt zu machen, habe ich sie gebeten, ihre Vorstellungen über ihre künftige Tätigkeit in der Folge kurz darzulegen. (Norbert Wolf)

Dr. Birgit BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER: „Meine Vorstellungen von meiner künftigen Tätigkeit beruhen wesentlich auf der Überzeugung, daß nur durch solidarische Zusammenarbeit aller Mittelbauangehörigen die uns gegenwärtig besonders beschäftigenden Probleme – namentlich die Dienstrechtsfrage – unserem Interesse entsprechend gelöst werden können. Ich verwende das Wort Solidarität keinesfalls als rhetorische Floskel, sondern sehe es als zentrale Aufgabe des Generalsekretärs, als Schaltstelle für möglichst intensiven Kontakt und Kommunikation zu den Mittelbauvertretern zu fungieren. Ich möchte deshalb alle Kolleginnen

und Kollegen bitten, mich dabei zu unterstützen, indem Sie mir möglichst viel an Anregung, Problemen und Kritik mitteilen. Was die nächsten konkreten Arbeitsschwerpunkte betrifft, werde ich mich vor allem in Dienstrechtsfragen, in der Hochschuldidaktik und Hochschullehrer- bzw. Lehrerfortbildung sowie in der Zusammenarbeit Wissenschaft – Medien besonders engagieren. Mein besonderes Anliegen wird aber vor allem eine möglichst intensive und gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen sein. Ich werde mich bemühen, von mir aus alle Voraussetzungen dafür zu schaffen.“

Die Bundeskonferenz hat einen neuen Vorsitzenden

ein Mann in mehr leitender Stellung

Am 22. Februar 1984 wurde Herr Prof. Mag. Johann Hallwirth zum neuen Vorsitzenden der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen gewählt. Herr Kollege Hallwirth kommt von der Akademie der bildenden Künste in Wien.

Schwerpunkte seiner 2jährigen Funktionsperiode werden sein:

- Bei der Diskussion um das neue Hochschullehrerdienstrecht wird die Bundeskonferenz versuchen, verstärkt dem gesellschaftspolitischen Wandel der Universitäten und Kunsthochschulen Rechnung zu tragen
 - Verbesserung des UOG im Sinne einer echten Mitsprache bei Entscheidungen im unmittelbaren Arbeitsbereich
 - Durchsetzung der geplanten Novelle zum Kunsthochschulorganisationsgesetz
 - Neuordnung eines Akademieorganisationsgesetzes
 - Nutzbarmachung der wissenschaftlichen und künstlerischen Aktivitäten der Universitäten und Kunsthochschulen für die Klein- und Mittelbetriebe
 - Verstärkte Nutzbarmachung der Forschungskapazitäten der Universitäten und Kunsthochschulen für die Industrie
 - Wissenschaftler für die Wirtschaft
- Die 4. Österreichische Wissenschaftsmesse '85



Prof. Mag. Johann Hallwirth

KOMMISSIONEN UND VORSITZENDE DER BUNDESKONFERENZ DES WISSENSCHAFTLICHEN UND KÜNSTLERISCHEN PERSONALS DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN UND KUNSTHOCHSCHULEN

Stand: 1. 3. 1984

Bezeichnung d. Kommissionen	Name d. Komm.-Vorsitzenden	Adresse
Architektur- u. Innenarchitektur-Kommission	Dipl.-Ing. Alfred VEITS	HS. f. angew. Kunst, Lechthalerg. 1, 1235 Wien, Tel.: 72 21 91
Berufsbild-Kommission	Dipl.-Ing. Johann MÜLLER	Univ. Innsbruck, Inst. f. Mechanik, Technikerstr. 13, 6020 Innsbruck, Tel.: 995/748-0
Didaktik-Kommission	Mag. Leonhard PAGITSCH	Univ. Graz, Inst. f. Erziehungswiss. Hans-Sachsg. 3, 8010 Graz, Tel.: 993/380-0
Dienstaustritts-Kommission	Dipl.-Ing. Johann MÜLLER	Univ. Innsbruck, Inst. f. Mechanik, Technikerstr. 13, 6020 Innsbruck, Tel.: 995/72 40
Dienstrechts-Kommission	Univ. Doz. Dr. Hans-L. HOLZER	Univ. Graz, Inst. f. Paläontologie, Univ.-Platz 3, 8010 Graz, Tel.: 993/380-0
Entwicklungspolitik-Kommission	Dipl.-Ing. Dr. H. P. NACHTNEBEL	Univ. Bodenkultur, Inst. f. Wasserwirtschaft, Gregor-Mendel-Str. 33, 1180 Wien, Tel.: 34 25 00
Forschungs-Kommission	Dipl.-Ing. Dr. Manfred FABER	TU-Wien, Inst. Nr. E142, Schüttelstr. 116, 1020 Wien, Tel.: 56 01
Fortbildungs-Kommission	Dipl.-Ing. Dr. Norbert WOLF	TU-Graz, Inst. f. org. Chemie, 8010 Graz, Stremayerg. 16, Tel.: 993/77 51 10
Koordinierungs-Kommission	Mag. Wolfgang SCHNELLINGER	Univ. Innsbruck, Inst. f. Industrie, Kärntner Str. 26, 6020 Innsbruck, Tel.: 995/72 40
Kunsthochschul-Kommission	Dipl.-Ing. Alfred VEITS	HS f. angew. Kunst, Lechthalerg. 1, 1235 Wien, Tel.: 72 21 91
Medien- u. Informations-Kommission	Dr. Eugen SEMRAU	Univ. Wien, Inst. f. Publizistik, Univ. Str. 7, 1010 Wien, Tel.: 43 00-0
Medizin-Kommission	Dr. Reinhard KREPLER	Univ. Wien, Inst. f. Pathologische Anatomie, Spitalgasse 4, 1090 Wien, Tel.: 48 00-0
Präsidial-Kommission	Prof. Mag. J. HALLWIRTH	Inst. f. textiles Gestalten, Akademie d. bildenden Künste, Josefsgasse 8, 1080 Wien, Tel.: 42 76 66
UOG-Kommission	Dipl.-Ing. Dr. Norbert WOLF	Univ. Graz, Inst. f. org. Chemie, Stremayergasse 16, 8010 Graz, Tel.: 993/77 51 10
Weiterbildungs- u. Studienreform-Kommission	Dr. Werner LENZ	Univ. Klagenfurt, Inst. f. Bildungswissenschaften, Univ.-Str. 65, 9010 Klagenfurt, Tel.: 994/23 7 30

MITGLIEDER DER BUNDESKONFERENZ DES WISSENSCHAFTLICHEN UND KÜNSTLERISCHEN PERSONALS DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN UND KUNSTHOCHSCHULEN

Stand: 30. 10. 1983

Universitäten	ordentliches Mitglied	stellvertretendes Mitglied
Bodenkultur (Wien)	Dipl.-Ing. Dr. Werner PRAZNIK Inst. f. Chemie Gregor-Mendel-Str. 33 1180 Wien, Tel.: 34 25 00 Dr. Brigitte HELFERT Inst. f. Zoologie Gregor-Mendel-Str. 33 1180 Wien, Tel.: 34 25 00	Dipl.-Ing. Hans PETERNELL Inst. f. Raumplanung Hasenauerstr. 42 1190 Wien, Tel.: 34 25 00 Dipl.-Ing. Herbert WEINGARTMANN Inst. f. Landtechnik u. Energiewirtschaft Gregor-Mendel-Str. 33 1180 Wien, Tel.: 34 25 00
Graz	Dr. Erwin POCHMARSKI Inst. f. Klassische Archäologie Universitätspl. 3 8010 Graz, Tel.: 993/380-0 Dr. Hans-Ludwig HOLZER Inst. f. Paläontologie Universitätspl. 3 8010 Graz, Tel.: 993/380-0	Dr. Helmut WURM Inst. f. Physiologie Harrachgasse 21 8010 Graz, Tel.: 993/380-0 Dr. Günther BURKERT Inst. f. europ. u. vergl. Rechtsgeschichte Halbärthgasse 8 8010 Graz, Tel.: 993/380-0
Innsbruck	Dipl.-Ing. Johann MÜLLER Inst. f. Mechanik, Festigkeitsl. u. Flächentr. Technikerstr. 13 6020 Innsbruck, Tel.: 995/748-0 Mag. Wolfgang SCHNELLINGER Inst. f. Industrie u. Handel Kärntnerstr. 26 6020 Innsbruck, Tel.: 995/72 40	Dr. Friedrich CONRAD II. Univ. Klinik f. Chirurgie Allgemeines Krankenhaus 6020 Innsbruck, Tel.: 995/72 40 Dr. Walter PFALLER Inst. f. Physiologie u. Balneologie Innrain 52 6020 Innsbruck, Tel.: 995/72 40
Klagenfurt	Dr. Norbert FREI Inst. f. Germanistik Universitätsstr. 67 9020 Klagenfurt, Tel.: 994/23 7 30 Dipl.-Ing. Walter SCHLUDERMANN Inst. f. Unterrichtstechn. u. Medienpäd. Universitätsstr. 67 9020 Klagenfurt, Tel.: 994/23 7 30	Dr. Franz DOTTER Inst. f. Sprachwissenschaften Universitätsstr. 67 9020 Klagenfurt, Tel.: 994/23 7 30 Dr. Klaus AMANN Inst. f. Germanistik Universitätsstr. 67 9020 Klagenfurt, Tel.: 994/23 7 30
Linz	Dr. Oskar LEHNER Inst. f. Österr. u. Deutsche Rechtsgesch. 4045 Linz-Auhof, Tel.: 997/23 13 81 Dr. Joachim NEMELLA Inst. f. Soziologie 4045 Linz-Auhof, Tel.: 997/23 13 81	Mag. Dr. Wolfgang SCHLÖGLMANN Inst. f. Mathematik 4045 Linz-Auhof, Tel.: 997/23 13 81 Mag. Dr. Josef LINS Inst. f. Soziologie 4045 Linz-Auhof, Tel.: 997/23 13 81

Montan.-U. (Leoben)	Dr. Ingomar JÄGER Inst. f. Metallphysik Franz Josef Str. 18 8700 Leoben, Tel.: 03842/42 5 55 Dr. Ferdinand SCHÜSSLER Inst. f. Geowissenschaften Franz Josef Str. 18 8700 Leoben, Tel.: 03842/42 5 55	Dr. Ernest FANTNER Inst. f. Physik Franz Josef Str. 18 8700 Leoben, Tel.: 03842/42 5 55 Dr. Norbert SEIFTER Inst. f. Mathematik Franz Josef Str. 18 8700 Leoben, Tel.: 03842/42 5 55
Salzburg	Dr. Herbert HOFER-ZENI Inst. f. Verfassungs- u. Verwaltungsrecht Weiserstr. 22 5020 Salzburg, Tel.: 996/44 5 11 Dr. Hermann SUIDA Inst. f. Geographie Akademiestr. 20 5020 Salzburg, Tel.: 996/44 5 11	Dr. Josef AICHLREITER Inst. f. Verfassungs- u. Verwaltungsrecht Weiserstr. 22 5020 Salzburg, Tel.: 996/44 5 11 Dr. Norbert MÜLLER Inst. f. Anglistik Residenzpl. 1 5020 Salzburg, Tel.: 996/44 5 11
Technische U. Graz	Dipl.-Ing. Dr. Michael MUHR Inst. f. Hochspannungstechnik Inffeldgasse 18 8010 Graz, Tel.: 993/77 51 10 Dipl.-Ing. Dr. Norbert WOLF Inst. f. Organ. Chemie Stremayerg. 16 8010 Graz, Tel.: 993/77 51 10	Dipl.-Ing. Werner GOBIET Inst. f. Straßenbau u. Verkehrswesen Rechbauerstr. 12 8010 Graz, Tel.: 993/77 51 10 Dipl.-Ing. Dr. W. WEGSCHEIDER Inst. f. analyt. Chem. Mikro- u. Radiochemie Technikerstr. 4 8010 Graz, Tel.: 993/77 51 10
Technische U. Wien	Dipl.-Ing. Dr. Manfred FABER Inst. Nr. E. 142 Schüttelstr. 116 1020 Wien, Tel.: 56 01-0 Dipl.-Ing. Dr. Harald STRELEC Inst. f. Statistik u. Wahrscheinlichkeitsth. Karlsplatz 13 1040 Wien, Tel.: 56 01-0	Dipl.-Ing. Dr. G. BADUREK Inst. f. Kernphysik Karlsplatz 13 1040 Wien, Tel.: 56 01-0 Dr. Friedrich WURST Inst. f. Angew. Botanik, Techn. Mikroskopie u. Organ. Rohstofflehre Karlsplatz 13 1040 Wien, Tel.: 56 01-0
Veterinärmedizinische U. (Wien)	Dr. Ewald KÖPPEL Inst. f. Röntgenologie Linke Bahngasse 11 1030 Wien, Tel.: 73 65 21 Dipl.-Ing. Dr. Monika SKALICKY Inst. f. Physiologie Linke Bahngasse 11 1030 Wien, Tel.: 73 65 21	Dr. Wolfgang KÜNZEL Inst. f. Anatomie Linke Bahngasse 11 1030 Wien, Tel.: 73 65 21 Dr. Christian STANEK Univ. Klinik f. Orthopädie bei Huf- und Klauentieren Linke Bahngasse 11 1030 Wien, Tel.: 73 65 21
Wien	Dr. Herbert BANNERT Inst. f. Klass. Philologie Dr. Karl Lueger Ring 1 1010 Wien, Tel.: 43 00-0 Dr. Herbert Rainer PELIKAN Inst. f. Kirchengeschichte Liebigg. 5/3 1010 Wien, Tel.: 43 00-0	Dr. Ernst BERGER Univ.-Klinik f. Neuropsych. d. Kindes- u. Jugendalters Währinger Gürtel 74-76 1090 Wien, Tel.: 48 00-0 Dr. Friedrich VIERHAPPER Inst. f. Organ. Chemie Währinger Str. 38 1090 Wien, Tel.: 34 46 30
Wirtschaft.-U. (Wien)	Dr. Herwig PALME Inst. f. Raumordnung Augasse 2-6 1190 Wien, Tel.: 34 05 25 Dr. Gerhild TANEW Inst. f. Unternehmensführung Augasse 2-6 1190 Wien, Tel.: 34 05 25	Mag. Dr. Wilfried BRAUMANN Inst. f. Bürgerl. Recht, Handels- u. Wertpapierrecht Franz-Klein-Gasse 1 1190 Wien, Tel.: 34 05 25 Mag. Ulrike FROSCHAUER Inst. f. Allg. Soziologie u. Wirtschaftssoz. Franz-Klein-Gasse 1 1190 Wien, Tel.: 34 05 25

Kunsthochschulen

ordentliches Mitglied

stellvertretendes Mitglied

Akademie der bildenden Künste (Wien)

Dr. Wilfried POSCH
Inst. f. Planungsgrundlagen
Schillerplatz 3
1010 Wien, Tel.: 57 95 16
Prof. Mag. Hans HALLWIRTH
Inst. f. textiles Gestalten
Josefsgasse 8
1080 Wien, Tel.: 42 76 66

Dr. Heribert HUTTER
Inst. f. Gemäldegalerie
Schillerplatz 3
1010 Wien, Tel.: 57 95 16
Mag. Engelbert LANZENBERGER
Schillerplatz 3
1010 Wien, Tel.: 57 95 16

Hochschule für angewandte Kunst (Wien)

Dipl.-Ing. Alfred VEITS
Kopalplatz 2
1010 Wien, Tel.: 72 21 91
Mag. Helmfried THALHAMMER
Kopalplatz 2
1010 Wien, Tel.: 72 21 91

Mag. Sigi SCHENK
Kopalplatz 2
1010 Wien, Tel.: 72 21 91
Mag. Erwin SCHUHMANN
Kopalplatz 2
1010 Wien, Tel.: 72 21 91

Hochschule für künstl. u. industr. Gestaltung (Linz)

Mag. Klemens FIGLHUBER
Hauptplatz 8
4010 Linz, Tel.: 997/27 34 85
Mag. Ewald WALSER-PIRKLBAUER
Hauptplatz 8
4010 Linz, Tel.: 997/27 34 85

Mag. Horst BASTING
Hauptplatz 8
4010 Linz, Tel.: 997/27 34 85
Mag. Wolfgang KIRCHMAYR
Hauptplatz 8
4010 Linz, Tel.: 997/27 34 85

Hochschule für Musik u. darst. Kunst (Graz)

LB Mag. Georg Friedrich HAAS
Lessingstr. 24
8010 Graz, Tel.: 993/32 0 53
Mag. Laszlo VARVASOVSKY
Baiernstr. 12
8010 Graz, Tel.: 993/32 0 53

Dipl.-Kpmstv. Mag. Wolfgang BOZIC
Leonhardtstr. 15
8010 Graz, Tel.: 993/32 0 53
LB Mag. Helmut IBERER
Leonhardtstr. 15
8010 Graz, Tel.: 993/32 0 53

Hochschule für Musik u. darst. Kunst (Salzburg)

LB Mag. Gottfried HOLZER-GRAF
Abt. V-Musikpädagogik
Mirabellpl. 1
5020 Salzburg, Tel.: 996/75 5 34
Mag. Ines HÖLLWARTH
Abt. IX-Kunsterziehung
Mirabellpl. 1
5020 Salzburg, Tel.: 996/75 5 34

Dr. Albert MARTINGER
Abt. X-Musikerziehung
Mirabellpl. 1
5020 Salzburg, Tel.: 996/75 5 34
Prof. Mag. Wolfgang PILLINGER
Mirabellpl. 1
5020 Salzburg, Tel.: 996/75 5 34

Hochschule für Musik u. darst. Kunst (Wien)

Prof. Mag. Dr. Karl SCHÜTZ
Lothringerstr. 18
1037 Wien, Tel.: 56 16 85
LB Mag. Franz CARDA
Lothringerstr. 18
1037 Wien, Tel.: 56 16 85

Mag. Elga PONZER
Lothringerstr. 18
1037 Wien, Tel.: 56 16 85
LB Dr. Desmond MARK
Lothringerstr. 18
1037 Wien, Tel.: 56 16 85

Wissenschaft für den Frieden

Eine Aktionswoche an der UBW Klagenfurt

Herbert Altrichter

„Jede Minute werden auf der Erde rund 25 Millionen Schilling für militärische Zwecke ausgegeben. Jede Minute sterben 30 Kinder, denen Essen und billige Impfstoffe fehlen.“

Im eigenen Arbeitsbereich aktiv werden

Vom 7. bis zum 11. November 1983 fand an der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt eine Aktionswoche „Wissenschaft für den Frieden“ statt. Diese Initiative war vom Assistentenverband ausgegangen. Der Rektor, Univ. Prof. Dr. Günther Hödl, unterstützte diese Idee sofort und lud im Namen der Universität alle Hochschullehrer der UBW zur aktiven Beteiligung ein. Aufgabe der Aktionswoche war es, die Betroffenheit der verschiedenen wissenschaftlichen Fachdisziplinen vom Thema „Frieden und Kriegsverhinderung“ deutlich zu machen. Dies sollte diesmal nicht – so die Grundidee der „Aktionswoche“ – durch die festlichen Vorträge eines Symposiums oder durch die Unterzeichnung einer Resolution geschehen, sondern dadurch, daß Hochschullehrer in ihrem alltäglichen Arbeitsbereichen, in ihrer Lehre und ihrer Forschung, den Verbindungslinien ihrer Wissenschaft zur Friedensthematik nachgehen.

In diesem Sinne wurden die Hochschullehrer der UBW gebeten, während dieser Aktionswoche im Rahmen ihrer laufenden Lehrveranstaltungen Probleme aus dem Themenkreis „Friedenssicherung – Kriegsverhinderung“ zu erarbeiten.

Um das Interesse von Wissenschaftlern, sich in der Friedensdiskussion zu engagieren, auch über die Mauern der Universität hinaus dringen zu lassen und als kleiner Schritt zur Öffnung des „Elfenbeinturmes“, sollten die Lehrveranstaltungen der Aktionswoche öffentlich angekündigt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Das Programm der Aktionswoche wurde in den regionalen Tageszeitungen abgedruckt und die Bevölkerung des Landes auf diese Weise in die Universität eingeladen.

Ein weiterer Gedanke leitete die organisatorische Vorbereitung der Woche: Sie sollte in „Selbstorganisation“ der Hochschullehrer, jedenfalls ohne eigens zu installierende organisatorische Einheit, machbar sein. Tatsächlich einem Hochschullehrer mit Hilfe des Büros des Rektors durchgeführt. Sie umfaßte zwei Aussendungen an die Hochschullehrer mit der Einladung zur Beteiligung, eine Presseausendung,

das Schreiben von Plakaten usw. Zwei Abendveranstaltungen wurden von der Österreichischen Hochschülerschaft und von der Österreichischen Vereinigung „Ärzte gegen Atomkrieg“ organisatorisch vorbereitet. Es entstanden keine Honorarkosten, die – geringen – Materialkosten wurden vom Rektor getragen.

15% der Hochschullehrer beteiligten sich

28 Hochschullehrer erklärten sich schließlich bereit, ihre Lehrveranstaltungen während der Aktionswoche in diesem Sinne zu gestalten und öffentlich zugänglich zu machen. Dabei kamen vielfältige Themen aus unterschiedlichen Disziplinen zur Sprache, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Krieg und Frieden in den Massenmedien
- Der Zusammenhang von Geld, Rüstung und Krieg im Mittelalter
- Politischer Widerstand gegen die Staatsgewalt
- Datenschutz und Abrüstungsfragen (Probleme bei der Kontrolle des Atomsperrvertrages)
- Christliche Ethik contra Big Business: Das Thema der Kriegsgewinnler in A. Millers „All My Sons“
- Die Atombombe und die Philosophie
- Ein Volksschriftsteller gegen den Krieg: Peter Rosegger
- Verhindert die Erziehung den Frieden?
- Der „friedliche“ Schüler – Ziel von Prävention und Intervention?
- Der Friedensgedanke bei Brecht
- Die österreichischen Großbanken und der Erste Weltkrieg

15 weitere Hochschullehrer gestalteten ihre Lehrveranstaltungen ebenfalls in Hinblick auf die Aktionswoche, ohne sie allerdings öffentlich zugänglich zu machen. Damit haben sich insgesamt 15% aller Lehrbeauftragten, Assistenten und Professoren der Universität für Bildungswissenschaften aktiv an dieser Initiative beteiligt. Interessant ist auch, daß mit Ausnahme von zwei Instituten alle Institute der Universität bei der Aktionswoche mit Beiträgen präsent waren und daß auch Disziplinen, wie z.B. Mathematik, bei denen (wohl nur) Außenstehende Ansatzpunkte zur Friedensthematik nicht sogleich erkennen können, keine Schwierigkeiten hatten, Beteiligungsmöglichkeiten zu finden.

Erarbeitung von
Problemen der
Friedensfrage in
den laufenden
Lehrveranstaltungen

15% der Universitätslehrer beteiligten sich

die gewonnenen Erfahrungen sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden

Großes Interesse an den Veranstaltungen

Obwohl die Werbung für die Veranstaltungen der Aktionswoche „Wissenschaft für den Frieden“ alles andere als professionell betrieben war, zeigte sich ein überraschend großes Interesse an den gebotenen Lehrveranstaltungen. Einige Hochschullehrer berichteten von bis zu 20 zusätzlichen Teilnehmern an ihren Vorlesungen und Seminaren. Durchwegs scheint sich die Thematik und die veränderte Zusammensetzung des Teilnehmerkreises in sehr anregenden Gesprächen ausgewirkt zu haben. Auch die beiden Abendveranstaltungen waren gut besucht; insbesondere beim eindrucksvollen und bedrückenden Filmvortrag über die „Medizini-

schen Folgen eines Atomkrieges“, bei dem die Chancenlosigkeit einer Katastrophenmedizin deutlich wurde, war der Hörsaal gut gefüllt.

Aufgrund der guten Erfahrungen der Aktionswoche „Wissenschaft für den Frieden“ ist der Mut gestiegen, mit Aussagen, die Friedenssicherung und Kriegsverhinderung betreffen, an die Öffentlichkeit zu treten. Nicht nur, daß sich manche Hochschullehrer entschlossen haben, dem Thema weitere Sitzungen ihrer Lehrveranstaltungen zu widmen. Es werden Ideen entwickelt, die Initiative „Wissenschaft für den Frieden“ – eventuell auch in anderer Form – weiterzuführen; und es wird gegenwärtig die Absicht konkretisiert, die Vorträge der Friedenswoche und eine Dokumentation der in den Lehrveranstaltungen gemachten Erfahrungen in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Antwort an den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz

Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz, Univ. Prof. Dr. Hans Tuppy, machte seinem Herzen Luft über den von ihm als katastrophal gesehenen Zustand der Universitäten in einem Leitartikel in der Zeitung „Die Presse“ vom 6. 2. 1984 unter dem Titel „Rektorenchef warnt vor weiterer Novellierung“. In diesem Artikel macht er das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und alle Gruppen der Universität verantwortlich für den von ihm diagnostizierten Niedergang Österreichs Hoher Schulen. Insbesondere wirft er den Universitätsassistenten vor, daß sie

mit Daueranstellungen liebäugelten und auf diese Art die Universitäten versteinerten und sich selbst verfetteten. Die Bundeskonferenz verfaßte umgehend eine Stellungnahme zu diesem emotionellen Artikel und sandte diese an die Zeitung „Die Presse“ am 8. 2. 1984 mit der Bitte um ungekürzte Veröffentlichung. Dieser Bitte ist die Zeitung „Die Presse“ kommentarlos nicht nachgekommen. Ob aus dieser Tatsache Zweifel an dem Willen zur Objektivität bei der Zeitung berechtigt sind, mag jeder für sich selbst beantworten.

Antwort an Rektor Tuppy: Österreichs Universitäten sind Assistentenuniversitäten!

Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz, Prof. Tuppy, gibt nach diesem Leitartikel drei Gruppen die Schuld an dem von ihm behaupteten Verfall der österreichischen Universitäten: dem Minister für Wissenschaft und Forschung, einer bestimmten Gruppe der Universitätslehrer (den

Assistenten) und den Studenten. Hierauf ist eine Antwort der Assistenten unumgänglich; es möge auch der andere Teil gehört werden. Rektor Tuppy sieht bei den Assistenten durch eine „Quasi-Pragmatisierung“ die Gefahr der „Verfettung“ und der „Versteinierung“ der Universitäten gegeben. Es gibt aber keine „Quasi-Pragmatisierung“ von Assistenten, sondern diese haben Kettenverträge von zwei bzw. vier Jahren und können, wenn die Verträge vor der Personalkommission verlängert werden, bis zu 10 Jahren bleiben (mit Habilitationen bis zu 14 Jahren, wobei einige eine Dauerstellung zugesprochen

Nicht die Universität wurde nivelliert, sondern die autoritäre Herrschaftsvorstellung mancher Professoren

Daueranstellung würde Assistenten innovatives, von der herkömmlichen Lehre abweichendes Denken ermöglichen, ohne Sorge haben zu müssen, über Betreiben Konformität fordernder Institutsvorstände entlassen zu werden.

bei der hohen Zahl der Studenten wären Forschung und Lehre ohne die eigenständige Arbeit von Assistenten gar nicht möglich

„Niemals hinter das Universitätsorganisationsgesetz zurück!“

chen bekommen; die anderen müssen gehen). Wenn nach Tuppy also Pragmatisierung „Versteinerung“ und somit Stagnation bedeutet, was ist dann mit den pragmatisierten Professoren? Sie sind Bundesbeamte mit der einzigen Auflage, mindestens 6 (sechs) Stunden die Woche unterrichten zu müssen. Wenn sie nichts mehr forschen, ist dies keineswegs ein Entlassungsgrund. Sprechen somit hier manche Professoren aus eigener Erfahrung über die Gefahren einer Pragmatisierung? Wenn bei den Assistenten Leistung gekoppelt wird mit Dauerstellung (eine durchaus reelle Forderung), dann aber bitte auch bei den Professoren! Es ist doch durchaus vorstellbar, daß auch Professoren bei nicht erbrachter Leistung in Forschung und Lehre die Universität zu verlassen haben. Es sind ja gerade diese Professoren, die eine Entfaltung des jungen wissenschaftlichen Nachwuchses verhindern.

Das Lamento des Rektorenchefs über die Befugnis des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, selbst eine Habilitationskommission einsetzen zu können, ist schon zu verstehen, wird doch hier ein Fluchttor für den sich habilitierenden Assistenten geöffnet, den „Bös-Achten“ seiner vorgesetzten Professoren über seine Habilitationsschrift zu entkommen, falls er nicht „brav“ war und z.B. auf Einhaltung der ihm durch das Universitätsorganisationsgesetz zukommenden Rechte bestand oder vom Herkömmlichen abweichende Ideen hatte. Mit diesem „Bös-Achten“ verliert der Assistent seine Anstellung! Wenn er allerdings ein „Untertan“ und bieder war, dann braucht er sich keine Sorgen um seine wissenschaftliche Beurteilung machen, er wird „Gut-Achten“ bekommen und seine Anstellung behalten. Die Habilitationskommission beim Ministerium ermöglicht also gerade innovatives Denken, und das geht ja den Universitäten nach Tuppy angeblich ab. Welche Einheit der Universität ist denn auf unterster

Ebene zuständig für Vorschläge von Forschungsprojekten? Das Institut, und Leiter eines solchen können nur Professoren werden. Wenn es dem Rektorenchef an qualifizierten Forschungsprojekten mangelt, dann liegt es an manchen professoralen Institutsvorständen. Aber die Zustände an Österreichs Universitäten sind nicht so schlecht, wie sie dargestellt werden, ja sie sind eigentlich ganz ordentlich. Forschung und Lehre funktionieren, weil es immer noch viele idealistische jüngere Wissenschaftler gibt, die trotz der unsozialen Kettenverträge und der teilweise immer noch autoritären Zustände ihr Bestes geben. An der Universität Wien z. B. stehen ca. 400 Professoren 2.500 nichtprofessorale Universitätslehrer (also Assistenten, Dozenten, Lektoren) gegenüber. Daß bei der großen Studentenzahl (50.000) die Universität in Forschung und Lehre überhaupt funktioniert, ist bestimmt nicht den 400 Professoren, sondern den 2.500 anderen Universitätslehrern zuzuschreiben. Es waren jedenfalls Österreichs Universitätsassistenten, die seit 1979 drei Wissenschaftsmessen zustande gebracht und das Projekt „Wissenschaftler für die Wirtschaft“ zur Belebung der Wirtschaft durch innovative Ideen ins Leben gerufen haben; vor der Rektorenkonferenz gibt es dergleichen nicht zu berichten. Worum geht es also gewissen Kreisen der Rektorenkonferenz wirklich? Es ist zu befürchten, es geht ihr um die Wiederherstellung der alten Zustände, um die Abschaffung bzw. Einschränkung der Mitbestimmung der Assistenten und der anderen Gruppen der Universität, um die Alleinherrschaft der Professoren. Aber solchen Bestrebungen werden die heutigen Assistenten entschieden entgegenzutreten wissen!

Für die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals
Dipl. Ing. Dr. N. Wolf (Vorsitzender)